

Der noch für die Erweiterung der EU zuständige Kommissar Günter Verheugen hat seinen Fortschrittsbericht über die Türkei vorgelegt. Darin bestätigt er, wenn auch nicht uneingeschränkt, der Türkei hinreichende Fortschritte, auf deren Grundlage der EU-Gipfel im Dezember wohl die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beschließen wird. Damit ist relativ klar, dass die Türkei früher oder später Mitglied der EU werden wird. Die Empfehlung trifft nicht auf ungeteilte Zustimmung. In Frankreich hat der Staatspräsident unter Druck angekündigt, dass ein Referendum stattfinden soll. In Österreich und den Niederlanden regt sich Widerstand, weil man eine erhöhte Migration aus der Türkei befürchtet. Auch in Deutschland hat die Opposition eine ablehnende Haltung bekundet. Hier wird vor allem angeführt, dass ein muslimisches Land nicht Mitglied der christlichen EU werden könne. Stattdessen wird vorgeschlagen, der Türkei eine privilegierte Partnerschaft anzubieten. Für die Türkei selbst ist dies aber erklärtermaßen keine Alternative.

In der Tat würde eine Mitgliedschaft der Türkei die EU vor erhebliche Herausforderungen stellen. Nach wie vor ist das Land vorwiegend durch Landwirtschaft geprägt und hat ein Pro-Kopf-Einkommen von nur 30% des EU-Durchschnitts (bezogen auf die EU 25). Beides impliziert, dass der Beitritt mit erheblichen Nettoüberweisungen aus Brüssel verbunden wäre. Nach heutigen Schätzungen wären das zwischen 16 und 28 Mrd. Euro jährlich, was allerdings noch in den Beitrittsverhandlungen genau bestimmt wird. Trotz anstehender weiterer Reformen des EU-Budgets, die den Betrag deutlich senken werden, ist dies ein Grund für die Skepsis vieler EU-Bürger. Auch kann man im Moment durch-



Carsten Hefeker

Die Türkei und die Zukunft der EU

aus noch Zweifel haben, was die Sicherung von Menschenrechten in der Türkei angeht. Zwar hat die jetzige Regierung hier Fortschritte gemacht, aber von einer gesicherten demokratischen Kultur kann noch nicht die Rede sein, wie Verheugen feststellt.

Da die Türkei nach dem Beitritt gemessen an der Bevölkerungszahl eines der größten Länder wäre, und bei fortschreitender demografischer Entwicklung in Westeuropa wohl bald sogar das größte, würde ihre erhebliche Stimmmacht gemeinsam mit anderen Ländern deutlich den Charakter der EU ändern, so wie die eventuell erfolgende verstärkte Migration sicher auch das Straßensbild gerade in Deutschland verändern würde. Allerdings könnten dadurch gegebenenfalls auch die Folgen des demografischen Wandels in der Bundesrepublik abgeschwächt werden. Eine Aufnahme der Türkei legt zudem nahe, auch über die Aufnahme von Staaten der ehemaligen Sowjetunion, ganz abgesehen von Mittelmeeranrainern, nachzudenken. Die Türkei kann somit auch als ein Testfall für den Willen der jetzigen EU gesehen werden, ihre Grenzen nach Osten und Süden auszudehnen.

Implizit ist diese Entscheidung allerdings bereits gefallen. Mit der Erweiterung um zehn Staaten im Mai dieses Jahres, mit der vorgesehenen Aufnahme von Rumänien und Bulgarien und der absehbaren nächsten Stufe, dem Beitritt von beispielsweise Kroatien und Montenegro, hat sich die EU bereits festgelegt, dass sie kein kleiner exklusiver Klub bleiben will oder kann. Die EU hat sich damit – vielleicht unbewusst – auch entschlossen, in Zukunft eher den Charakter einer großen Zollunion zu haben und sich vorwiegend über wirtschaftliche Dinge wie den freien Warenhandel und die Sicherstellung des Wettbewerbs zu profilieren. Eine politische Union mit so vielen Mitgliedern ist jedenfalls kaum vorstellbar. Denkbar ist allenfalls, dass sich die EU in verschiedene Gruppen aufteilen wird, in denen willige Staaten in gewissen Bereichen vorangehen werden und andere sich vorbehalten, weitere Harmonisierungsschritte nicht mitzugehen. Wenig wahrscheinlich sind in einer Union mit 30 oder mehr Mitgliedern und einem erheblichen Einkommensgefälle eine gemeinsame Währung, gemeinsame Sozialgesetze und die volle Freizügigkeit von Personen.

Diese Entwicklung ist durch die zuvor gefällten Entscheidungen vorgezeichnet, eine Aufnahme oder Nichtaufnahme der Türkei wird daran nichts ändern. Deshalb spricht wenig dafür, einer Türkei, die die Kopenhagen-Kriterien erfüllt, die Mitgliedschaft in einer solchen EU zu verweigern. Die Idee einer privilegierten Partnerschaft ist daher ein möglicher Weg des Übergangs zu einer solchen Mitgliedschaft und weniger die Alternative. Insgesamt zeichnet sich ab, dass zukünftige Mitgliedschaften in der EU wohl anders als heute aussehen werden und dass sich auch die jetzigen Mitglieder auf Änderungen einstellen müssen.